

**II-2890 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode**

Nr. **14041J**

**1981 -10- 06**

**DRINGLICHE ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. LANNER, Dr. LICHAL, KRAFT, PISCHL,  
Dr. NEISSER

und Genossen

an den Bundesminister für Inneres  
betreffend zunehmende Verschlechterung der öffentlichen  
Sicherheit in Österreich

Wer aufmerksam den Diskussionen der Menschen in Österreich zuhört, der registriert in den letzten Jahren ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit. Die vereinfachende Vorstellung, daß Österreich eine Insel der Seligen sei, ist längst Vergangenheit. Die Angst der Menschen, völlig unschuldig Opfer krimineller bzw. terroristischer Handlungen zu werden, nimmt spürbar zu.

Und das Gefühl der Bürger, ausgelöst von Berichten über Ereignisse im In- und Ausland, wird durch die Fakten begründet:

- o Die Zahl der gerichtlich strafbaren Handlungen hat mit 330.132 (Sicherheitsbericht 1979) ein nie gekanntes Ausmaß erreicht.
- o Die Verbrechen gegen fremdes Vermögen stiegen auf die Rekordmarke von 60.000 pro Jahr.
- o Österreich wurde nicht nur vom Transitland zum Konsumationsland, sondern überdies zum internationalen Umschlagplatz für Rauschgift.
- o Ordnungsgemäß angemeldete Versammlungen und Veranstaltungen sind vor Angriffen antidebakratischer Kräfte nicht sicher.

- 2 -

- Anschläge gegen freie Wahlen, wie die Fälschung von Kurierexemplaren anlässlich der Wiener Landtagswahl, bleiben ohne Aufklärung.
- Österreich wird zunehmend zum Tummelplatz der Ostagenten.
- Bei der Staatspolizei fliegen Spione auf, Kontakte zu nahöstlichen Terroristen werden gepflegt.
- Österreich wurde Schauplatz nahöstlicher Terroraktivitäten.
- Mangelhaft ausgerüstete Polizei- und Gendarmeriebeamte müssen das Versagen der Sicherheitspolitik persönlich büßen.

Demgegenüber ist die Aufklärungsquote bei strafbaren Handlungen auf 55 % gesunken. Von den schweren Vermögensdelikten konnten nur mehr 29 %, in Wien sogar nur 17 % aufgeklärt werden.

Die Fälle, die das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in die Sicherheitspolitik der sozialistischen Bundesregierung erschütterten, ziehen sich wie ein roter Faden durch die Amtszeit des derzeitigen Innenministers:

○ Zeitungsfälschung als "Wahlwerbung"

Am 8.10.1978, dem Tage der Wiener Landtagswahlen, wurden von linken Antidemokraten rund 30.000 Fälschungen der Tageszeitung Kurier verbreitet, die wahlbeeinflussende Pamphlete gegen die Österreichische Volkspartei enthielten. Obwohl von Anfang an klar war, in welchen Kreisen die

- 3 -

Täter zu suchen waren, gelang es nicht, sie auszuforschen. Es bedurfte erst Recherchen von privater Seite, um eine konkrete Spur zu linken Kreisen ausfindig zu machen. Bis zum heutigen Tage konnte das von Minister Lanc geleitete Innenressort die Täter nicht ausforschen.

o Phorus-Halle: Sprengung einer politischen Veranstaltung

In der Nacht zum 21.10.1979 sprengten Linksextremisten eine ordnungsgemäß angemeldete, in der Phorus-Halle in Wien abgehaltene Veranstaltung der Wiener ÖVP. Über Anordnung höchster Kreise des Innenministeriums mußten die am Tatort erschienenen Polizeibeamten dem strafbaren Treiben der Rechtsbrecher zusehen. Dadurch konnten nur verhältnismäßig wenige, vor allem nicht die Rädelsführer festgestellt werden. Die Strafverfahren gegen die wenigen zur Anzeige gebrachten Personen sind bis zum heutigen Tage, also fast zwei Jahre nach der Tat, noch immer nicht abgeschlossen.

o Behinderung der Demonstration der "Plattform Ärzte für das Leben"

Am 12.11.1979 stellte sich dem ordnungsgemäß angemeldeten, gegen die Abtreibungskliniken protestierenden Demonstrationszug der "Plattform Ärzte für das Leben" eine nicht angemeldete, von linksradikalen Elementen organisierte Gegendemonstration in den Weg. Obwohl die Exekutive verpflichtet war, für die Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes zu sorgen, wurde ihr Einschreiten über höhere Weisung behindert.

o Sprengung einer Veranstaltung der JES

Nachdem es bereits einige Male zu Störungen von Veranstaltungen der Jungen Europäischen Studenteninitiative (JES) gekommen war, verhinderten linke Antidemokraten

- 4 -

eine für den 11.12.1979 im Hörsaal I des neuen Institutsgebäudes der Universität Wien geplante, in der Rektoratskanzlei ordnungsgemäß angemeldete Diskussion zum Thema "Fristenlösung". Dabei machten sich die linksextremen Randalierer zahlreicher Gesetzesverletzungen schuldig, ohne daß die am Tatort anwesenden Staatspolizisten einschreiten durften.

o Störung einer Kundgebung in Stadl Paura

Am 28.12.1980 wurde in Stadl Paura eine gegen die Fristenlösung gerichtete Kundgebung der "Plattform Ärzte für das Leben" von einer sozialistischen Gegendemonstration unter der Führung der SP-Abgeordneten Edith Dobesberger gestört, niedergeschrien und mit faulen Eiern beworfen. Auch hier wurden die Angegriffenen nicht geschützt und der ordnungsgemäße Ablauf der Veranstaltung nicht sichergestellt.

o Rumänischer Spionagering in der Staats- und Fremdenpolizei

Nachdem sich der rumänische Geheimdienstagent Florian Rotaru im November 1980 in den Westen abgesetzt hatte, konnten aufgrund seiner Informationen der ehemalige Leiter der Fremdenpolizei, Hofrat Edgar Berger, und der Gruppenführer im Staatspolizeilichen Büro, Abteilungsinspektor Josef Czernanski, Mitte März 1981 der langjährigen Spionage für Rumänien überführt werden. Damit wurde der bereits seit langem geäußerte Verdacht bestätigt, daß östliche Geheimdienste versuchen, die Staatspolizei zu unterwandern. Anstatt die Bestätigung dieses Verdachtes zum Anlaß für eine im Interesse

- 5 -

der Staatssicherheit gelegene Durchleuchtung der Staatspolizei zu nehmen und unverzüglich alles vorzukehren, um Wiederholungsfälle zu vermeiden, bagatellisierte Minister Lanc das Problem. Er bezeichnete die beiden Spione als "bestenfalls Mitarbeiter des rumänischen Dienstes der 2. Etage" und spielte auf diese Weise seine Verantwortung für die höchst bedenklichen Zustände in der Staatspolizei herunter.

o Ermordung von Stadtrat Heinz Nittel

Während ganz Österreich von der Ermordung des Wiener Stadtrates Heinz Nittel tief erschüttert Nachricht bekam, ließ sich Innenminister Lanc zu einem ungeheuerlichen Verdacht hinreißen. Er sagte in einem ORF-Interview:

"Es kann kein Zufall sein, daß in einer Atmosphäre zunehmender Umfunktionierung politischer Debatten in persönliche Diffamierungen ein sozialistischer Kommunalpolitiker am Festtag der Österreichischen Arbeiterschaft, am 1. Mai früh, ermordet worden ist." In labilen Zeiten hätte diese unkontrollierte Äußerung politische Emotionen auslösen können, deren Folgen unabsehbar hätten sein können. Es war nur der Besonnenheit und der politischen Reife der Österreicher, auch der Sozialisten, die an diesem Tag an Mai-Feiern teilnehmen wollten, zu danken, daß sie sich nicht zu unüberlegten politischen "Racheakten" aufhetzen ließen.

Die politisch motivierten und unverantwortlichen Spekulationen über die Täter und das Tatmotiv, in der Absicht, eine bestimmte Fahndungsrichtung vorzugeben, führten einerseits zu polizeilichen Fahndungsmaßnahmen gegen völlig unschuldige Menschen und waren andererseits ein Grund für die bisherige Erfolglosigkeit der polizeilichen Erhebungstätigkeit.

- 6 -

Die zahlreichen Versionen von der Täterschaft einer bestimmten nahöstlichen Terrorgruppe bis zu deutschen Rechtsextremisten demonstrierten in der Folge die Hilflosigkeit bei der Aufklärung dieses verabscheuungswürdigen Verbrechens.

o Der Fall Hodic

Mitte Juni 1981 kehrte der im November 1977 als vermeintlicher CSSR- Dissident nach Österreich eingereiste Dr. Josef Hodic in seine Heimat zurück und gab öffentlich die Erklärung ab, während seines Aufenthaltes in Österreich als Beauftragter des CSSR-Geheimdienstes Flüchtlinge bespitzelt zu haben. Die hierauf angestellten Erhebungen ergaben, daß Dr. Hodic ungeachtet der Tatsache, daß er tschechoslowakischer Geheimdienstoberst gewesen war, am 29.12.1977 als Flüchtling anerkannt wurde. Ab dem Jahre 1979 war er als Konsulent des Österreichischen Institutes für Internationale Politik tätig. Auf Antrag von Innenminister Lanc verschaffte ihm die Bundesregierung am 20.5.1980 die österreichische Staatsbürgerschaft.

o Waffenschmuggel einer nahöstlichen Terrorgruppe

Am 29.7.1981 wurden zwei Angehörige einer nahöstlichen Terrorgruppe am Flughafen Schwechat bei dem Versuch, mit 6 Handgranaten, 1 Maschinenpistole und 4 automatischen Sturmgewehren nach Österreich einzureisen, gestellt und verhaftet. Innenminister Lanc brüstete sich vorerst der Schlagkraft der Exekutive, die die Einreise der Terroristen nach Österreich und damit zu erwartende Gewaltakte verhindern konnte. In den ersten Augusttagen kam die Wahrheit ans Tageslicht: einer der Terroristen stand in Verbindung mit dem Innenministerium und war vom Wiener PLO-Vertreter Ghasi Hussein der Staatspolizei empfohlen worden. Ghasi Hussein, der überdies die beiden Terroristen

- 7 -

zum Zeitpunkt ihrer Festnahme am Flughafen Schwechat erwartete und offensichtlich mit seinem Diplomatenstatus den Waffenschmuggel decken wollte, mußte wenige Tage nach dem Auffliegen der Affäre Österreich verlassen, da die "Vertrauensbasis" der sozialistischen Bundesregierung erschüttert war. Lanc, der ein Naheverhältnis zur PLO in Abrede stellte, war nicht in der Lage, mit Hilfe des ihm unterstellten Polizeiapparates die wahren Hintergründe dieser Waffenschmuggelaffäre auszuleuchten.

o Anschlag auf die israelische Botschaft

Obwohl es bereits in der Vergangenheit zu Anschlägen und Drohungen gegen Einrichtungen israelischer Organisationen in Wien gekommen war und sich die Situation durch den internationalen Terror nahöstlicher Gruppen noch verschärft hatte, war der vom Innenministerium der israelischen Botschaft gewährte Schutz derart mangelhaft, daß es in der Nacht des 10. August 1981 einem Terrorkommando gelang, in die unmittelbare Nähe des Botschaftsgebäudes vorzudringen und zwei Bomben zur Explosion zu bringen. Aufgrund der mangelnden örtlichen Kenntnisse der Attentäter richtete sich der Anschlag nicht gegen die Botschaft, sondern gegen ein Nachbargebäude, wobei eine unbeteiligte Person verletzt und damit unschuldiges Opfer mangelhafter Sicherheitsmaßnahmen wurde.

o Mordanschlag beim jüdischen Bethaus

Am Tag, nachdem der Innenminister sich selbst im Fernsehen als "bestinformiert" bezeichnet hat, kam es zum Mordanschlag zweier Mitglieder eines nahöstlichen Terrorkommandos beim jüdischen Bethaus in der Seitenstettengasse in Wien (29.8.1981). Dieser Mordanschlag auf unschuldige österreichische Staats-

- 8 -

bürger forderte zwei Menschenleben und 20, zum Teil schwer Verletzte, unter ihnen auch Vertreter der Exekutive. Wieder einmal erwiesen sich die Sicherheitsmaßnahmen als nicht ausreichend. Darüber hinaus zeigte sich auch, daß die Beamten der Exekutive nicht über die entsprechende Ausrüstung und Bewaffnung verfügen, sodaß sie ihren Dienst als lebende Zielscheibe verrichten müssen.

Dieser Mordanschlag ließ auch viele Österreicherinnen und Österreicher an der Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der Nahostpolitik des Bundeskanzlers zweifeln.

Angesichts dieser Tatsachen und angesichts des wachsenden Gefühls der Unsicherheit der Menschen ist es zwingend notwendig, die österreichische Sicherheitspolitik zu verbessern und ein Klima für ein breites Vertrauen zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1.) Wie erklären Sie sich die starke Zunahme der Kriminalität gerade in Ihrer Amtszeit als Innenminister ?
- 2.) Was sind die Ursachen für das Sinken der Aufklärungsquote bei gerichtlich strafbaren Handlungen gerade in Ihrer Amtszeit als Innenminister ?
- 3.) Ist 1980 abermals ein Ansteigen der gerichtlich strafbaren Handlungen und ein weiteres Absinken der Aufklärungsquote zu verzeichnen?
- 4.) Wenn ja, bei welchen Delikten war dies besonders der Fall ?

- 9 -

- 5.) Wie erklären Sie sich die Tatsache, daß das Gefühl der Unsicherheit gerade während Ihrer Amtszeit als Innenminister stark zunimmt ?
- 6.) Haben Sie Untersuchungen zur Aufdeckung von Fehlern und Schwachstellen im Bereich der öffentlichen Sicherheit veranlaßt ?
- 7.) Wenn ja, welche ?

Gemäß dem § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.